



Stormy-Annika Mildner und Katja Greeson  
Mit der Unterstützung von Emilia Klakl und Sophie Wüpping

## Wer macht das Rennen um das Weiße Haus? 10 Faktoren, die den Ausgang der US-Präsidentenwahlen beeinflussen

Juli 2024

Wenige Tage nach dem Attentat auf Donald Trump stehen die USA weiter unter Schock. Es sind noch etwas weniger als vier Monate bis zum 5. November 2024, wenn der nächste Präsident der USA gewählt wird. Mit dem amtierenden Präsidenten Joe Biden und dem ehemaligen Präsidenten Trump stehen zwei Kandidaten zur Wahl, die schon einmal gegeneinander angetreten sind. Bereits vor dem Attentat lag Trump in den landesweiten Umfragen knapp vor Biden; das Attentat dürfte nun zu einer weiteren Mobilisierungswelle für ihn führen. Präsident Biden steht derweil vor zahlreichen Herausforderungen. Nach seinem schwachen Auftritt in der TV-Debatte mit Trump im Juni wird seine Kandidatur immer mehr in Frage gestellt. Die Zweifel, dass Biden angesichts seines hohen Alters eine zweite Amtszeit bewältigen könnte, sind groß. Als Präsident muss Biden nun auf das Attentat mit Besonnenheit antworten. Er mahnte entsprechend gegen Gewalt und setzte seine Wahlkampagne temporär aus. Sowohl das Attentat auf Trump als auch die Zweifel an Bidens Gesundheit werden sich massiv auf die Wahlen im November auswirken. Allerdings sind dies nicht die einzigen Faktoren, die den Wahlausgang bestimmen werden. Auch die wirtschaftliche Lage, die Polarisierung in Politik und Gesellschaft, die Medienberichterstattung, außenpolitische Entwicklungen sowie die Wahlkampfthemen, darunter vor allem, die Themen Abtreibung und illegale Einwanderung haben einen Einfluss darauf, wer letztlich ins Weiße Haus einziehen wird. Klar ist: die Wahl des nächsten US-Präsidenten wird richtungsweisend – nicht nur für die USA, sondern für die ganze Welt.

### 1. Die Kandidaten

Der Großteil der US-amerikanischen Gesellschaft ist verschiedenen Umfragen zufolge nicht von den zur Wahl stehenden Kandidaten überzeugt. Demnach hätten sich viele Amerikaner\*innen Kandidat\*innen gewünscht, die jünger, vitaler und politisch weniger polarisierend sind. Laut FiveThirtyEight, eine Rubrik der Website von ABC News, lag die Zustimmungsrate für Joe Biden Ende Juni (29.6.2024) bei 37,8 Prozent; 56,3 Prozent der Befragten waren unzufrieden mit der Politik des amtierenden Präsidenten. Für Trump sieht es kaum besser aus: Die Zustimmungsrate lag für ihn bei 42,1 Prozent; 53,5 Prozent waren unzufrieden mit ihm. In den nationalen Umfragen lag laut FiveThirtyEight Trump knapp vor Biden (Ende Juni: 41,1 % versus 40,9 %).

#### Donald Trump

Donald Trump kann sich auf eine starke Wählerbasis verlassen, die trotz anhängiger Gerichtsverfahren und Skandalen treu zu ihm hält. Trump ist allgegenwärtig

in den Medien; die Republikanische Partei hat er fest im Griff. Wahlentscheidungen werden häufig nicht aufgrund vergangener Leistungen von Kandidaten getroffen, sondern basieren darauf, was von ihnen in der Zukunft erwartet wird. Es überrascht daher nicht, dass das Alter der Kandidaten eine wichtige Rolle im Wahlkampf spielt. Mit 78 Jahren ist Trump zwar unwesentlich jünger als der 81-jährige Biden, dies scheint ihm aber weniger zu schaden. Er wirkt gesünder, dynamischer und kraftvoller als sein Kontrahent. Ihm wird eine hohe Authentizität zugesprochen – und er ist ein Showmaster, dem es deutlich besser als Biden gelingt, Begeisterung unter seiner Anhängerschaft zu schüren.

Allerdings laufen gegen ihn derzeit zahlreiche Zivilprozesse sowie vier Strafverfahren. Besonders schwerwiegend ist die Klage im Zusammenhang mit dem Sturm auf das Kapitol am 6. Januar 2021. Trump werden Verschwörung zum Betrug an den USA, Verschwörung zur Behinde-

rung der Beglaubigung des Wahlsieges von Präsident Joe Biden und Behinderung und Verschwörung gegen das Wahlrecht vorgeworfen. Zurzeit ist es unwahrscheinlich, dass der Fall noch vor den Wahlen entschieden wird. Doch auch wenn Donald Trump in Washington verurteilt werden sollte, könnte er – vielen Rechtsexpert\*innen zufolge – weiterhin zur Wahl antreten. Auch der Prozess gegen Donald Trump um mutmaßlichen Wahlbetrug im US-Bundesstaat Georgia wurde Anfang Juni 2024 vorerst auf Eis gelegt. Ende Mai 2024 verlor Trump den Prozess um die Verschleierung von Schweigegeld-Zahlungen an die Pornodarstellerin Stormy Daniels. Die Jury befand ihn in 34 Fällen der illegalen Wahlkampffinanzierung für schuldig. Es ist das erste Mal in der Geschichte der USA, dass ein ehemaliger US-Präsident strafrechtlich verurteilt wird. Wie sehr sich das Urteil auf den Wahlkampf auswirken wird, ist allerdings ungewiss. Die meisten Wähler\*innen sind bereits klar dem einen oder anderen Lager zuzuordnen; laut jüngsten Umfragen scheint das Urteil daran wenig zu ändern. Trump stellt sich zudem als Opfer einer politisch motivierten Justiz dar und nutzt dies, seine Anhängerschaft weiter zu mobilisieren. Laut einer Politico-Ipsos-Umfrage von Mitte Juni 2024 gaben 41 Prozent der befragten Republikanisch-Wählenden an, dass die Verurteilung keinen Einfluss auf ihre Unterstützung für Trump hat. 28 Prozent meinten, dass sie Trump eher unterstützen würden und dass der Schuldspruch für ihre Wahlentscheidung nicht wichtig sei. Nur für sieben Prozent war die Unterstützung für Trump weniger wahrscheinlich geworden. Anders sah es bei denjenigen Befragten aus, die unabhängig sind. 21 Prozent dieser Gruppe gab an, dass die Wahrscheinlichkeit ihrer Unterstützung von Trump durch den Schuldspruch gesunken ist.

Anfang Juni 2024 erzielte Trump zudem einen Erfolg im Supreme Court. Dieser entschied in der Frage, ob Präsidenten vor Strafverfolgung geschützt sind, dass zumindest für offizielle Amtshandlungen Immunität gilt. Der Präsident steht laut dem Urteil zwar nicht über dem Gesetz, doch ist sein Handlungsspielraum weitreichend. Das Urteil wird sich nicht nur auf die anderen laufenden Verfahren gegen Trump auswirken. Es dürfte auch den Zuspruch für Trump in seiner Wählerbasis stärken.

Das Attentat am 13. Juli 2024 auf Trump bei einer Wahlkampfveranstaltung in Pennsylvania dürfte zu einer großen Mobilisierungswelle der Wählerschaft des ehemaligen Präsidenten und der Republikaner führen. Die Bilder von einem verletzten Trump, der kämpferisch die Faust in die Höhe streckt und „kämpft, kämpft, kämpft“ ruft, stilisieren ihn zum Helden, der auch in der schlimmsten Krisensituation Stärke und Entschlossenheit signalisiert. In den vergangenen Jahren hat sich Trump immer wieder als politisch Verfolgter dargestellt, der unfair medialen Hetzkampagnen und rechtlichen Verfahren ausgesetzt ist. Das Attentat dürfte gut in dieses Narrativ passen. Schon jetzt mehrten sich die Verschwörungstheorien, angefangen durch hochrangige Republikaner: So trage Biden eine Mitschuld, der durch seine Wahlkampfretorik gegen Trump zum Attentat angestiftet habe. Manche Verschwörungstheorien gehen so weit, dass er den Befehl zum Attentat gegeben haben soll.

### Joe Biden

Joe Biden gehört zum Demokratischen Establishment und kann auf eine lange politische Karriere – als Senator, Vizepräsident und aktuell als Präsident – zurückblicken. Während er zunächst als „Übergangspräsident“ galt, der den Weg für eine neue Generation ebnen wollte, kündigte er bereits früh an, erneut kandidieren zu wollen. Beeinflusst war dies zum einen durch die Wahlerfolge der Demokraten in den Zwischenwahlen im November 2022, als ein Erdrutschsieg für die Republikaner verhindert werden konnte, zum anderen durch die Ankündigung von Trump, erneut zur Wahl antreten zu wollen. Die Demokratische Partei hat gelernt, dass sie nur dann eine Chance gegen Trump haben wird, wenn sie einheitlich auftritt. Daher hat sie sich mit großer Mehrheit hinter den amtierenden Präsidenten gestellt.

### *Trump liegt laut Umfragen vor Biden*

In der Bevölkerung ist die Begeisterung für Biden jedoch weniger groß. Der amtierende Präsident hat dabei deutlich stärker mit dem Thema Alter zu kämpfen als Trump. Mit 81 Jahren ist er der bislang älteste US-Präsident. Laut einer Economist/You Gov-Umfrage waren im Februar 2024 54 Prozent der US-Amerikaner\*in-

nen der Meinung, dass Biden zu alt für eine weitere Amtszeit ist. 83 Prozent der den Republikanern nahestehenden Befragten waren ebenfalls dieser Meinung. bei den dem demokratischen Lager zuzuordnenden Befragten lag dieser Prozentsatz bei 23 Prozent; bei jungen Demokrat\*innen bei 29 Prozent. In den Präsidentschaftswahlen 2020 konnte sich Biden als Brückenbauer positionieren, der die politische Polarisierung überwinden wollte. Er gilt es verlässlich, bedacht und rational. Im aktuellen Wahlkampf stellt er den Angriff auf die Demokratie durch Trump in den Mittelpunkt. Allerdings gelingt es ihm dieses Mal weit weniger gut, die Wählerschaft zu überzeugen. Ebenso wenig gelingt es ihm, mit seinen legislativen Erfolgen zu punkten, auch wenn diese beeindruckend sind: Während seiner Präsidentschaft verabschiedete der Kongress ein umfassendes Konjunkturpaket, den U.S. Chips and Science Act, den Infrastructure Investment and Jobs Act und den Inflation Reduction Act.

In der ersten TV-Debatte mit Donald Trump Ende Juni 2024 unterlag Biden deutlich. Eigentlich wollte Biden die Debatte nutzen, um Zweifel an seinem Gesundheitszustand zu beseitigen. Dies ist ihm nicht gelungen. Ganz im Gegenteil verstärkte er den Eindruck, weniger gut als Trump in der Lage zu sein, eine zweite Amtszeit bewältigen zu können. Er wirkte müde, unkonzentriert, brachte Sätze nicht zu Ende, verwechselte Zahlen. Er scheiterte nicht nur, seine Argumente überzeugend vorzutragen; stellenweise war er kaum zu verstehen. Biden bekräftigte danach zwar wiederholt, dass er nicht zurücktreten werde, doch mehrten sich die Spekulationen über einen Ersatzkandidaten.

Mit dem Attentat auf Trump ist Bidens Wahlkampf weiter ins Hintertreffen geraten. In einer Rede an die Nation am Tag nach dem Attentat rief er zu Einigkeit und Ruhe auf. Er mahne, die im Land mittlerweile sehr hitzigen Debatten abzukühlen. Gleichzeitig setzte er temporär seinen Wahlkampf aus und stoppte Wahlkampfspots, in denen Trump besonders hart angegangen wird. Als Präsident ist es seine Aufgabe, für Stabilität im Land zu sorgen. Entsprechend kündigte er auch rasch mehrere Untersuchungen an: zum einen, wie es zu der Sicherheitslücke kommen konnte, zum anderen, ob die Schutzmaßnahmen für den Nominierungsparteitag der Republikaner ausrei-

chen. Gegen die wirkmächtigen Bilder des Attentats und die Verschwörungstheorien wird Biden damit jedoch kaum ankommen können.

### Die „Running Mates“

Als „Running Mate“ – Kandidatin für das Amt der Vizepräsidentin – hat sich Biden erneut für Kamala Harris entschieden. Sie ist die erste weibliche, schwarze, asiatisch-amerikanische Vizepräsidentin der USA. Eine wichtige Aufgabe der „Running Mates“ im Wahlkampf ist es, Schwächen des Präsidentschaftskandidaten auszugleichen und unterschiedliche Wählergruppen anzusprechen. Im Fall von Harris sprechen drei Attribute für ihre Wahl: sie ist deutlich jünger als Biden, sie ist eine Frau, und sie ist schwarz. Besonders beliebt ist allerdings auch sie nicht. Laut You.gov lag die Zustimmungsrate am 4. Juni 2024 bei nur 40,1 Prozent; 56,2 Prozent haben eine negative Meinung von ihr. Harris steht deutlich stärker im Zentrum der Aufmerksamkeit als es die Running Mates normalerweise tun. Der Grund dafür sind die Zweifel an Bidens Gesundheit – würde er während einer zweiten Amtszeit frühzeitig abtreten, wäre sie die neue US-Präsidentin.

Präsident Trump hat hingegen seinen Running Mate noch nicht bekannt gegeben. Auch für ihn geht es darum, Schwächen auszugleichen. Im Gespräch ist eine Reihe von Senator\*innen und Abgeordneten, darunter prominente Namen wie die Senatoren Marco Rubio (R-Fla.), J.D. Vance (R-Ohio), Tom Cotton (R-Ark.) und Tim Scott (R-S.C.) oder auch der Gouverneur von North Dakota Doug Burdum und die Abgeordneten Elise Stefanik (R-N.Y.) und Byron Donalds (R-Fla.).

### Drittkandidat\*innen

Drittbewerber\*innen haben im Präsidentschaftswahlkampf im Zweiparteien-System der USA generell wenig Chancen auf Erfolg – dennoch können sie für die Präsidentschaftskandidaten der Demokraten und Republikaner gefährlich werden. Zu den Drittkandidat\*innen gehören der afro-amerikanische Politologe und Aktivist Cornel West, die grüne Kandidatin Jill Stein oder auch Robert Kennedy Jr.. Kennedy kann mit seiner populistischen Kritik an der Wirtschaftspolitik beider Parteien bei Wähler\*innen punkten. Kritik erntet er hingegen, weil er immer wieder Verschwörungstheorien verbreitet, wie den Zusammenhang zwischen Kinderimpfun-



gen und Autismus. Die US-amerikanische Ärztin und Politikerin Stein kandidierte erstmals 2012 für die Präsidentschaft. Als Kandidatin der Green Party trat sie 2016 erneut an. Stein fordert ein „wirtschaftliches Grundgesetz“, das den allgemeinen Zugang zur Gesundheitsversorgung und das Recht auf Arbeit beinhaltet. Zudem verspricht sie, den Klimawandel zu bekämpfen, den Zugang zur Abtreibung und die Rechte von Transgendern zu verteidigen. Der unabhängige, dem politisch linken Spektrum zuzuordnende Cornel West befasst sich in seiner Kampagne unter dem Slogan „truth and justice“ (Wahrheit und Gerechtigkeit) mit Themen wie der öffentlichen Gesundheitsversorgung, dem öffentlichen Wohnungsbau und Maßnahmen gegen den Klimawandel. Sie alle haben keine Chance, ins Weiße Haus einzuziehen. Dennoch ist vor allem unter den Demokraten die Sorge groß, diese Kandidat\*innen könnten wichtige Stimmen abziehen. Gerade in den sogenannten Swing States (siehe nächstes Kapitel) könnte dies erhebliche Auswirkungen haben.

## 2. Das Wahlsystem

Die Bevölkerung wählt den Präsidenten nicht direkt. Stattdessen stimmen die Wähler\*innen für Wahlmänner und Wahlfrauen, die für einen der Kandidaten stehen und das sogenannte „Electoral College“ bilden. Das Kollegium, das zurzeit aus 538 Wahlleuten besteht, wählt dann den Präsidenten. Wie viele Wahlleute ein Bundesstaat hat, orientiert sich zwar an der Einwohnerzahl, allerdings wächst die Zahl der Wahlleute nicht proportional mit der Einwohnerzahl eines Staates. Dies führt dazu, dass beispielsweise der bevölkerungsstarke Einzelstaat Kalifornien im Vergleich zu kleineren Einzelstaaten unterrepräsentiert ist. Wichtig ist zudem das „Winner takes all“-Prinzip, das in 48 der 50 Einzelstaaten gilt. Demzufolge erhält die Partei, die in einem Einzelstaat die Mehrheit der Wahlkreise für sich entscheidet, alle Wahlleute. In der Folge kann es dazu kommen, dass ein Kandidat zwar landesweit die meisten Direktstimmen bekommt, die Wahl aber trotzdem verliert. So war es 2016, als die Mehrheit der Wähler\*innen für Hillary Clinton stimmte, Donald Trump aber dennoch ins Weiße Haus einziehen konnte.

Auch 2024 werden die Wahlen wieder in wenigen „Swing States“ entschieden wer-

## Die Wahlen werden in den Swing States entschieden werden

den. Dies sind Einzelstaaten, die nicht eindeutig republikanisch oder demokratisch sind und in denen die Kandidaten beider Parteien Chancen auf einen Sieg haben. Dieses Jahr geht es insbesondere um Arizona, Georgia, Michigan, Nevada, North Carolina, Pennsylvania und Wisconsin. Laut dem US-Medium RealClear-Polling lag Anfang Juni 2024 Trump in allen hart umkämpften Swing States knapp vor Biden. Auch die Parteien wissen um die Hebel in ihrem Wahlsystem. So ist es in den vergangenen Jahren in republikanisch-regierten Einzelstaaten immer wieder zu neuen Wahlgesetzen gekommen, die die Stimmabgabe erschweren. Dazu gehören beispielsweise Beschränkungen der Briefwahl, das Verbot mobiler Wahlboxen, die Verkürzung der Fristen für die vorzeitige Stimmabgabe oder auch schärfere Vorgaben für die Ausweispflicht beim Wählen. Begründet wird dies mit der Notwendigkeit, angeblichen Wahlbetrug zu verhindern. Kritiker\*innen sehen hingegen einen anderen Grund dafür: Die Wahlgesetze erschweren es vor allem Minderheiten und weniger wohlhabenden Bevölkerungsschichten, die traditionell eher dem demokratischen Lager zuzuordnen sind, ihre Stimme abzugeben.

## 3. Polarisierung, Spaltung der Gesellschaft und Identitätspolitik

Die US-Gesellschaft ist tief gespalten – zwischen dem politisch rechten und linken Lager; zwischen Progressiven und Konservativen; zwischen demokratisch-regierten und republikanisch-regierten Einzelstaaten; zwischen urbanen und ländlichen Räumen; zwischen oberen und unteren Einkommensschichten.

Laut verschiedenen Umfragen haben sich die Demokraten und Republikaner in den letzten zwei Jahrzehnten ideologisch immer weiter voneinander entfernt. Gleichzeitig verstärkt sich die Abneigung gegenüber Mitgliedern der jeweils anderen Partei. Der jüngste Vanderbilt Unity Index (VUI) des Vanderbilt Project on Unity and American Democracy zeigt, dass sich die Polarisierung fortsetzt und der Index zum Ende des Jahres 2023 um fast drei Punkte niedriger liegt als zu Jahresbeginn. Der VUI erfasst das Ausmaß der Einigkeit unter den US-Amerikaner\*innen

unter Berücksichtigung der ideologischen Überzeugung, der Polarisierung im Kongress und der Missbilligung des Präsidenten. Eine Umfrage des Pew Research Center vom August 2022 zeigt, dass Republikaner\*innen und Demokrat\*innen immer mehr nicht nur die gegnerische Partei, sondern auch die Menschen in dieser Partei in einem negativen Licht sehen. Ein wachsender Anteil in jeder Partei beschreibt die Mitglieder der anderen Partei als verschlossener, unehrlicher, unmoralischer und unintelligenter als andere Amerikaner\*innen. Die gesellschaftliche Spaltung geht also weit über eine politische Polarisierung hinaus. Expert\*innen sprechen von einer identitätsbasierten gesellschaftlichen Spaltung, die vor Jahrzehnten begonnen hat und sich immer mehr verfestigt. Diese zeigt sich auch zunehmend geographisch: Laut Mobilitätsstatistiken ziehen Gleichgesinnte

## Die US-Gesellschaft ist gespalten wie nie zuvor

immer häufiger zu Gleichgesinnten.

Sowohl die Republikaner als auch die Demokraten nutzen Identitätspolitik, um ihre Wählerbasis zu mobilisieren. Identitätspolitik basiert laut der Stanford Encyclopedia of Philosophy auf der „geteilten Erfahrung von Ungerechtigkeit von Mitgliedern bestimmter sozialer Gruppen“. Neu ist dies nicht; diese Strategien wurden insbesondere in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts von der feministischen sowie der Bürgerrechtsbewegung genutzt. Mittlerweile nehmen sie jedoch eine zentrale Rolle in der politischen Sphäre der USA und Wahlkampfstrategien ein. Sie sind dabei sowohl Ergebnis als auch Treiber der Spaltung in der Gesellschaft.

Die beiden Präsidentschaftskandidaten stehen in vielen Punkten an entgegengesetzten Enden des Spektrums: Während Biden seine Unterstützung für die LGBTQIA+-Community ausdrückt und den Respect for Marriage Act unterzeichnete, der gleichgeschlechtliche und interracial Ehen schützt, wird die sogenannte „Woke“-Ideologie (ein aufmerksames Bewusstsein für soziale Ungleichheit und Rassismus) von Seiten vieler Republikaner\*innen dämonisiert. So kündigte Trump an, Transgender-Menschen vom Militärdienst auszuschließen, wie er es bereits in seiner Amtszeit getan hatte. Die

Wählerbasis der beiden Kandidaten ist ähnlich gespalten. Die größten Unterschiede zeigen sich laut eines Berichtes des Pew Research Centers vom Juni 2024 hinsichtlich der Rolle von Waffen in der Gesellschaft, „Race“ und des Erbes der Sklaverei. Aber auch bei vielen anderen Themen haben Biden- und Trump-Anhänger\*innen sehr unterschiedliche Meinungen: Geschlechtsidentität und sexuelle Orientierung, Kriminalität und Polizeiarbeit, reproduktive Fragen sowie der Einfluss der Religion auf die Gesellschaft.

Einige Beispiele: 57 Prozent von befragten Biden-Anhänger\*innen sind der Meinung, dass die Legalisierung der gleichgeschlechtlichen Ehe gut für die Gesellschaft ist; bei den Trump-Befürworter\*innen sind es nur 11 Prozent. 63 Prozent der Trump-Befürworter\*innen unterstützen eine Abschiebung aller sich illegal im Land befindlichen Personen, verglichen mit nur 11 Prozent der Biden-Anhänger\*innen. 88 Prozent der Biden-Anhänger\*innen sind der Meinung, dass Abtreibung in allen oder den meisten Fällen legal sein sollte; nur 38 Prozent der Trump-Anhänger\*innen teilen diese Meinung.

## 4. Medien und Soziale Medien

Die Medienlandschaft in den USA ist politisch stark fragmentiert. Diese Fragmentierung hat im letzten halben Jahrzehnt deutlich zugenommen; auch sie ist Ergebnis und Verstärker der gesellschaftlichen Polarisierung zugleich. Laut einem You.gov-Bericht von 2024 wird ein Großteil der Nachrichtenquellen von US-Amerikaner\*innen entweder als links- oder rechtsorientiert wahrgenommen. Die Identifikation mit einer Partei und in gewissem Maße auch das Alter bestimmen den Medienkonsum. Konsumiert werden diejenigen Medien, welche die eigene politische Meinung widerspiegeln. Dadurch bilden sich sogenannte Echokammern; die Mediennutzer\*innen werden kaum noch mit Gegenargumenten konfrontiert. Für sie erscheint es, als wären sie Teil einer gesellschaftlich relevanten Mehrheit – auch, wenn dies nicht der Fall ist. Meinungen verhärten sich und die Spaltung nimmt zu.

Die politische Fragmentierung der Medienlandschaft ist einer der Gründe, warum US-Amerikaner\*innen wenig Vertrauen in Massenmedien haben. Das Umfrageinstitut Gallup fragte Mitte Oktober 2023: Wie-

viel Vertrauen haben Sie in die Massenmedien, wenn es darum geht, die Nachrichten vollständig, genau und fair zu berichten? Nur 32 Prozent der Befragten gaben an, dass sie den Massenmedien „sehr“ oder „ziemlich“ vertrauten; 29 Prozent hatten laut Umfrage „nicht sehr viel“ Vertrauen, während ein Rekordhoch von 39 Prozent „überhaupt keins“ angab. Die Sorge unter US-Amerikaner\*innen, dass Medienagenturen Desinformationen in der Wahlberichterstattung verbreiten werden, ist hoch – laut einer Umfrage des American Press Institute und des Associated Press-NORC Center for Public Affairs Research äußerten sich 53 Prozent der Befragten als besorgt. Unter demokratisch-wählenden Befragten ist der oben genannten Gallup-Umfrage zufolge das Vertrauen in Medien zwar höher als unter republikanisch-wählenden Befragten, doch ist das Vertrauen auch bei ihnen weiter zurückgegangen. Dass das Vertrauen in Medien unter Republikanisch-Wählenden besonders niedrig ist, ist laut FiveThirtyEight kein neues Phänomen, doch ist es gerade während der Trump-Präsidentschaft deutlich zurückgegangen. Ein Grund hierfür ist, dass die Republikaner häufig lautstarke Kritik an den Medien äußern, die sie als liberal einseitig wahrnehmen. Trump selbst kritisierte viele Medien immer wieder für das Verbreiten von „Fake News“.

Ein wachsender Teil der Amerikaner\*innen bezieht seine Informationen zunehmend über die Sozialen Medien wie Twitter, Facebook, TikTok, Telegram, Instagram oder auch Trumps eigenen Kanal Truth Social. Gerade in der jüngeren Bevölkerung ist dieser Anteil hoch. Auch hier lässt sich ein hoher Grad der Polarisierung feststellen – sowohl zwischen als auch innerhalb der Sozialen Medien. Echokammern sind auf den Sozialen Medien ein ebenso großes Problem wie Filterblasen: Durch Algorithmen konsumieren Nutzer vor allem Inhalte, die ihrem Weltbild entsprechen. Ein weiteres Problem kommt hinzu: In den Sozialen Medien findet kein echter Austausch von sachlichen Argumenten statt; vielmehr stehen Emotionen im Mittelpunkt, die der Identitätsbildung und -absicherung dienen. Und schließlich sind gerade auf den Sozialen Medien Misinformation, Desinformation und Informationsmanipulation weit verbreitet. Diese sind zwar keine neuen Phänomene, doch hat die Digitalisierung, gerade auch künstliche Intelligenz, ihre Verbreitung stark vereinfacht und ihre

Reichweite um ein Vielfaches erhöht. Gerade in Zeiten von Wahlen stellen konzentrierte Desinformationskampagnen von innen (beispielsweise durch rechte Gruppierungen) wie von außen (beispielsweise durch China, Russland oder auch den Iran) ein besonderes Problem für die Demokratie dar.

## 5. Wirtschaftliche Lage

„It’s the economy, stupid“, ein Spruch von Bill Clintons Wahlstrategen James Carville, der 1992 Geschichte machte. Einer AP-NORC-Umfrage vom Januar 2024 zufolge war insgesamt für 76 Prozent der Befragten die Wirtschaft das wichtigste Thema für 2024. 85 Prozent der den Republikanern nahestehende und 65 Prozent der den Demokraten nahestehende Befragte nannten die Wirtschaft ein Problem und wünschten sich, dass die Regierung diese in ihrer Arbeit priorisiert. Insbesondere unter den 18- bis 29-Jährigen wurde die Wirtschaft mit 84 Prozent am häufigsten genannt. Viele US-Amerikaner\*innen haben die wirtschaftliche Lage während der Trump-Präsidentschaft in guter Erinnerung. Laut einer CBS-Umfrage vom März 2024 gaben 65 Prozent der Befragten an, dass die wirtschaftliche Lage unter Donald Trump gut war – nur 38 Prozent der Befragten waren dieser Meinung bezüglich der wirtschaftlichen Lage unter Joe Biden. Mit seinem Slogan „America First“ hatte Trump gerade auch bei den sogenannten „Blue Collar“-Arbeiter\*innen – Arbeitnehmer\*innen, die körperliche oder manuelle Arbeit verrichten – gepunktet. Trump verspricht,

*Die gute wirtschaftliche Lage kommt nicht bei allen an*

daran mit seiner Wirtschafts-, Einwanderungs- und Handelspolitik anzuknüpfen.

Dabei scheint es zum einen eine Diskrepanz zwischen der Wahrnehmung und der tatsächlichen wirtschaftlichen Lage zu geben, zumindest was die aggregierten makroökonomischen Daten anbelangt. Zum anderen kommen viele der Aufwärtstrends nicht bei allen an.

Das Wirtschaftswachstum war in den Jahren der Biden-Präsidentschaft robust. Der Internationale Währungsfonds (IWF) prognostizierte in seinem „World Economic Outlook“ im April 2024 für 2024 ein

reales BIP-Wachstum von 2,7 Prozent. Dies stellt eine leichte Steigerung im Vergleich zu den Vorjahren 2022 mit 1,9 Prozent und 2023 mit 2,5 Prozent dar. Die Arbeitslosigkeit lag im Mai 2024 bei vier Prozent und blieb damit relativ stabil. Hatte die Inflationsrate im Jahr 2022 noch bei 7,99 Prozent gelegen, wird für das Jahr 2024 laut Statista eine Preissteigerungsrate von durchschnittlich 2,9 Prozent prognostiziert. Auch die Löhne steigen; selbst in den unteren Schichten der Gesellschaft sah die Lohnentwicklung durchaus positiv aus.

Diese gute wirtschaftliche Entwicklung kommt allerdings nicht bei allen an. Viele Amerikaner\*innen leiden unter den hohen Preisen für wichtige, alltägliche Güter: Lebensmittel und Benzin. Laut Statista betrug der durchschnittliche Preis eines Grundnahrungsmittelkorbs im Januar 2023 etwas mehr als 210 US-Dollar und war damit gegenüber dem Vorjahr um fast neun Prozent gestiegen. Im Jahr 2019 hatte der durchschnittliche Wert eines Warenkorb noch 156,5 US-Dollar betragen. Während die durchschnittliche Arbeitslosenquote in den USA laut Statista bei etwa 3,6 Prozent lag, war sie mit etwa 5,5 Prozent für Afroamerikaner\*innen deutlich höher. Im April 2024 lag sie bei 5,6 Prozent. Damit setzte sich der Trend der niedrigen Arbeitslosenquote für diese Gruppe im historischen Vergleich fort. Zum Vergleich: Die durchschnittliche Arbeitslosenquote für Afroamerikaner\*innen lag zwischen 2016 und 2020 bei acht Prozent und zwischen 2000 und 2015 bei elf Prozent (White House). Dennoch bleibt die Frustration hoch, denn diese Bevölkerungsgruppe schneidet auch deutlich schlechter bei Vermögen und Einkommen ab. Laut dem Federal Reserve Survey of Consumer Finances hat sich das Vermögensgefälle zwischen Ethnien während der COVID-19-Pandemie vergrößert. Zwischen 2019 und 2022 stieg das mediane Vermögen um 51.800 US-Dollar; das Vermögensgefälle nahm gleichzeitig um 49.950 US-Dollar zu. Der Vermögensunterschied zwischen den weißen und den schwarzen Medianhaushalten lag bei 240.120 US-Dollar. Die mittlerweile deutlich gestiegenen Zinsen sorgen für höhere Belastungen durch Hypotheken, Autokredite und Kreditkartenschulden. Laut der Federal Reserve Bank of New York gerieten im vierten Quartal 2023 und ersten Quartal 2024 insbesondere jüngere und einkommensschwächere Haushalte in Amerika zunehmend un-

ter finanziellen Druck durch die hohe Schuldenlast. Im ersten Quartal 2024 stieg die Gesamtverschuldung der privaten Haushalte um 184 Milliarden US-Dollar auf 17,69 Billionen US-Dollar und die Hypothekenverschuldung um 190 Mrd. US-Dollar auf 12,44 Billionen US-Dollar. Nur Studienkredite blieben vergleichsweise stabil.

Die Ausfälle beziehungsweise der Verzug bei Konsumschulden erreichten 2023 laut Daten der St. Louis Federal Reserve Bank den höchsten Stand seit zwölf Jahren, als sich die USA gerade noch von der Finanz- und Wirtschaftskrise erholten. Im ersten Quartal 2024 lag die Verzugsrate („Delinquency Rate“) für alle Konsumentenkredite bei 2,68 Prozent – dies ist höher als zum Zeitpunkt der Amtsübernahme von Biden und lag leicht über dem Höchststand während der Trump-Administration. Seit dem dritten Quartal 2021 ist auch die Verzugsrate bei Kreditkartenschulden gestiegen: von 1,53 Prozent auf 3,16 Prozent im ersten Quartal 2024. Ähnlich sieht es bei den Autokrediten aus. Auf das Jahr gerechnet waren 2023 8,5 Prozent der Kreditkartenschulden und 7,7 Prozent der Autokredite ausgefallen oder im Zahlungsverzug. Der Grund dafür sind die deutlich höheren Zinsen. Um die Inflation in den Griff zu bekommen, hob die FED den Leitzins von März 2022 bis Juli 2023 von 0,25 Prozent bis zuletzt auf 5,5 Prozent (Ende Juli 2023) deutlich an.

## 6. Stabilität der Demokratie

Ein wichtiges Thema im Wahlkampf ist der Zustand der US-Demokratie. Laut einer Gallup-Umfrage vom Januar 2024 hat das Vertrauen der US-Amerikaner\*innen einen historischen Tiefstand erreicht. 28 Prozent der Befragten waren zufrieden damit, wie die Demokratie funktioniert; 71 Prozent waren unzufrieden. Unter republikanisch-wählenden Befragten waren sogar 82 Prozent unzufrieden, bei den demokratisch-wählenden Befragten lag dieser Anteil bei 61 Prozent. Biden hat die Zukunft der Demokratie zu einem Schlüsselthema in seinem Wahlkampf gemacht. Er sieht Freiheit und Demokratie im Inwie im Ausland in Gefahr, betont die antidemokratischen Tendenzen seines Gegners Trumps und appelliert an die Wähler\*innen, die US-Demokratie zu verteidigen. In seiner Rede zur Lage der Nation am 7. März 2024 benutzte er das ausdrucksstarke Bild eines Dolches am Hals



der US-amerikanischen Demokratie in Bezug auf den Sturm auf das Kapitol drei Jahre zuvor. Was war passiert? Trump hat das Ergebnis der Wahlen 2020 bis heute nicht akzeptiert. Am Morgen des 6. Januar 2021 behauptete er auf der Plattform X (ehemals Twitter) erneut, die Wahl sei gestohlen worden. In einer Rede in Washington ermutigte er sein Publikum dazu, sich zum Kapitol zu bewegen. Die Demonstrierenden, unter ihnen Mitglieder der rechtsextremen Miliz Proud Boys, waren den Polizeikräften zahlenmäßig überlegen und brachen durch die Absperrungen sowie Fenster und Türen des Gebäudes. Auch im aktuellen Wahlkampf warnt Trump vor einer Manipulation der Wahl und argumentiert, dass die Gefährdung der Demokratie von Biden und den Demokraten ausgeht. Er warnt vor einem „Blutbad“, sollte er die Wahl verlieren. Im TV-Duell Ende Juni 2024 wurde Trump gefragt, ob er das Wahlergebnis akzeptieren würde, wenn er die Wahl verlieren würde. Er antwortete darauf, dass dies davon abhängt, ob die Wahlen fair waren – ohne zu definieren, was fair bedeutet.

## 7. Zustimmung nach Bevölkerungsgruppen

Die große Unterstützung junger Wähler\*innen war ein wichtiger Faktor für den Wahlerfolg Bidens 2020. Laut den meisten Umfragen liegt Biden in dieser Wählergruppe noch vor Trump – wenn auch zunehmend knapp. Laut der jüngsten GenForward-Umfrage der University of Chicago waren es im Mai 2024 nur noch zwei Prozentpunkte; 34 Prozent der Befragten unterstützten einen Kandidaten einer dritten Partei oder gaben an, dass sie „jemand anderen“ unterstützen würden. Hatten sich jüngere schwarze, hispanoamerikanische und asiatisch-amerikanische Wähler\*innen 2020 noch mit überwältigender Mehrheit für Biden ausgesprochen (in höherem Maße als junge weiße Wähler\*innen), ist die Unterstützung deutlich zurückgegangen (Mai 2024). Eine Herausforderung für die Demokraten ist, die junge Wählergruppe zu mobilisieren, damit sie Anfang November den Wahlurnen nicht fernbleiben. Ein wichtiger Faktor hierfür ist Bidens Umgang mit dem Nahostkonflikt. Noch wichtiger sind allerdings wirtschaftliche Sorgen (siehe auch das vorangegangene Kapitel). Auch in der afroamerikanischen und hispanoamerikanischen Wähler-

schaft wackelt die Unterstützung für Biden. Ähnlich wie bei den jüngeren Wähler\*innen liegt Biden in den meisten Umfragen in beiden Wählergruppen leicht vorne; sein Vorsprung von 2020 nimmt jedoch ab. Laut einer YouGov-Umfrage im Juni 2024 lag die Zustimmungsrates für Trump („very favorable“ und „somewhat favorable“) bei afroamerikanischen Befragten bei 22 Prozent, bei der hispanoamerikanischen Wählerschaft bei 17 Prozent (Mai 2021: 22 Prozent und 33 Prozent). Biden schneidet zwar deutlich besser ab mit 62 Prozent bei afroamerikanischen Befragten und 44 Prozent bei hispanoamerikanischen Wähler\*innen – doch die Zustimmungsrates haben sich verschlechtert; im Mai 2021 lagen sie noch bei 67 Prozent beziehungsweise 64 Prozent. Laut dem Pew Research Center bezeichnen sich 83 Prozent der registrierten afroamerikanischen Wähler\*innen als Demokrat\*innen oder tendieren zu ihnen, während 12 Prozent Republikaner\*innen sind oder zu den Republikaner\*innen tendieren. Dieser Anteil ist etwas geringer als die 88 Prozent, die sich im Jahr 2020 mit der Demokratischen Partei identifizierten (Mai 2024).

### *Biden verliert Zuspruch unter jungen Wählern*

Ein Grund für die sinkende Zustimmung gerade bei afroamerikanischen Wähler\*innen ist wiederum die wirtschaftliche Lage (siehe vorangegangenes Kapitel). Diese Entwicklung könnte für die Demokraten gerade in den Swing States zu einem Problem werden – vor allem in den Staaten des Sonnengürtels, in denen schwarze und hispanoamerikanische Wähler\*innen einer der Schlüssel zu Bidens Wahlsiegen 2020 waren. Bei den hispanoamerikanischen Wähler\*innen – wohlgemerkt, dass diese keine ganz homogene Wählergruppe sind – kommt neben der wirtschaftlichen Lage ein weiteres wichtiges Thema hinzu. Eine im Juni 2024 veröffentlichte Equis-Umfrage unter hispanoamerikanischen Wähler\*innen in sieben umkämpften Bundestaaten ergab, dass 41 Prozent dieser Wählergruppe Trump in Bezug auf die Einwanderung vertrauten, gegenüber 38 Prozent, die dies für Biden angaben.

Weißer Männer ohne vierjährigen College-Abschluss gehören immer noch zu Trumps stärkster Unterstützergruppe. Laut einem Bericht des Pew Research In-

stitute von Ende April gaben 63 Prozent der Befragten an, dass sie für ihn stimmen würden. Biden konnte zwar die Gewerkschaften für sich gewinnen – der Stimmen der Blue Collar Workers kann er sich hingegen nicht sicher sein.

## 8. Reproduktive Rechte

Das seit Jahrzehnten umkämpfte Thema der reproduktiven Rechte ist eines der zentralen Wahlkampfthemen Bidens. 1973 garantierte die wegweisende Entscheidung im Fall Roe v Wade landesweiten Schutz des Rechtes zur Abtreibung. Dieses wurde am 24. Juni 2022 jedoch in einer 5-zu-4-Entscheidung des Supreme Courts gekippt. Drei der Richter\*innen, die dafür stimmten – Neil Gorsuch, Brett Kavanaugh und Amy Coney Barrett – waren von Trump ernannt worden. Nun liegt die Entscheidung bei den Bundesstaaten; mehrere republikanisch geprägte Staaten führten bereits Abtreibungsverbote ein. Auch andere reproduktive Prozeduren wie In-Vitro-Fertilisation (IVF) könnten eingeschränkt werden. Das Land ist im Umgang mit reproduktiven Rechten gespalten und das Thema stark von moralischen und religiösen Einwirkungen beeinflusst.

Anhänger\*innen der Republikanischen Partei sind überwiegend gegen das Recht auf Abtreibung („pro-life“); Präsidentschaftskandidat Trump selbst hat sich widersprüchlich geäußert. Einerseits bezeichnete er sich als „most pro-life president in American history“ und schreibt sich das Ende der Roe-Ära als Verdienst auf die Fahne. Andererseits unterstützt er die Möglichkeit zur Abtreibung in drei Ausnahmefällen – Vergewaltigung, Inzest, und Lebensgefahr für die Mutter. Er betont, dass die Entscheidungshoheit bei den Einzelstaaten liegen sollte.

### *Das Thema Abtreibung könnte Biden zugutekommen*

Die Demokraten hingegen unterstützen das Recht auf Abtreibung weitestgehend. In seiner State of the Union-Rede 2024 bekräftigte Biden, dass er von der Richtigkeit von Roe v Wade überzeugt ist und bedankte sich bei Vizepräsidentin Harris dafür, dass sie sie für reproduktive Rechte eintritt. Bidens Wahlkampf versucht, gerade jüngere weibliche und hispanoamerikanische Wähler\*innen zu erreichen. Gleichzeitig wird Biden jedoch von

der pro-Choice-Bewegung vorgeworfen, nicht genug für reproduktive Rechte getan zu haben. Derzeit sind einer Umfrage von Pew (Mai 2024) zufolge 63 Prozent der Befragten der Meinung, dass Abtreibung in allen oder den meisten Fällen legal sein sollte, während 36 Prozent sagen, dass sie in allen oder den meisten Fällen illegal sein sollte.

Bei der wichtigen Wählergruppe der Hispanoamerikaner\*innen liegt dieser Prozentsatz bei 59 beziehungsweise 38 Prozent. Eine Umfrage von 2022 zeigt jedoch, dass es in dieser Wählergruppe deutliche Unterschiede nach Parteizugehörigkeit gibt: Etwa zwei Drittel der demokratisch-wählenden Hispanoamerikaner\*innen (68 %) waren laut einem Pew Poll von 2022 der Meinung, dass Abtreibung in den meisten oder allen Fällen legal sein sollte. Im Gegensatz dazu sagten etwa sechs von zehn hispanoamerikanischen Republikaner\*innen (62 %), dass Abtreibung in den meisten oder allen Fällen illegal sein sollte.

## 9. Migration und Grenzpolitik

In den USA leben geschätzt elf Millionen undokumentierte Migrant\*innen. Die Zahl der illegalen Grenzübertritte ist in den letzten Jahren sprunghaft angestiegen: Im Jahr 2023 registrierte die US-Grenzpolizei laut Statista über zwei Millionen Fälle. Einer Pew-Umfrage von Mitte Februar 2024 zufolge sind 80 Prozent der Befragten der Meinung, dass die US-Regierung den Zustrom von Migrant\*innen schlecht handhabt. Bei Republikanisch-Wählenden oder den Republikanern nahestehenden Befragten liegt dieser Prozentsatz bei 89 Prozent, bei demokratisch-wählenden oder den Demokraten nahestehenden Befragten bei 73 Prozent. Präsident Bidens Einwanderungspolitik ist umstritten. Biden hatte 2020 seine Präsidentschaft mit dem Versprechen angetreten, viele von Trumps strengen Einwanderungsregeln rückgängig zu machen und der Einwanderungspolitik ein humaneres Gesicht zu geben. Gleichzeitig muss jedoch auch er Maßnahmen ergreifen, um die Krise an der Grenze zu Mexiko in den Griff zu bekommen. Anfang 2024 hatte sich das Biden-Team mit Demokrat\*innen und Republikaner\*innen im Senat auf ein überparteiliches Gesetzespaket verständigt, das Mittel für die Absicherung der US-Grenze zu Mexiko sowie Unterstützung für die Ukraine und Israel

beinhaltete. Dazu gehörten die Aufstockung des Grenz- und Einwanderungspersonals, weitreichende Reformen des Asylsystems und eine Notfallbefugnis für den Präsidenten zur Schließung der Grenze. Der Gesetzesentwurf scheiterte jedoch am Widerstand der Republikaner, nachdem sich Trump öffentlich gegen diesen ausgesprochen hatte. Am 4. Juni 2024 erließ Biden dann eine Durchführungsverordnung, die vorsieht, dass die Bearbeitung von Asylanträgen gestoppt wird, wenn mehr als 2.500 Personen pro Tag wegen illegaler Einreise festgenommen werden. Die Verordnung trat sofort in Kraft. Bisher scheint sich die Verordnung allerdings nicht auf die Zahl der illegalen Grenzübertritte auszuwirken. Während die Maßnahmen Konservativen nicht weit genug gehen, erntete Biden für die Verordnung viel Kritik im progressiven Lager der Demokraten.

### Trump punktet beim Thema illegale Einwanderung

Trumps Positionen sind deutlich radikaler. Er behauptet – zuletzt auch im TV-Duell mit Biden –, dass das Land von „Biden migrant crime“ überrannt werde und listete eine Reihe von Straftaten auf, die er Migrant\*innen zuschreibt.

Diese Anschuldigung wird zwar nicht von verfügbaren Daten unterstützt, trotzdem trifft Trump damit einen Nerv: Viele Amerikaner\*innen – und insbesondere Republikaner\*innen – sind laut Pew-Umfragen besorgt über die Kriminalität, Terrorismus und Drogen, die sie mit Migrant\*innen assoziieren und wünschen sich eine Priorisierung dieses Themas.

## 10. Außen- und Sicherheitspolitik

Außen- und Sicherheitspolitik spielt normalerweise eine untergeordnete Rolle in den Wahlentscheidungen der US-Amerikaner\*innen. Auch dieses Jahr dürften andere Faktoren, wie die wirtschaftliche Lage, eine größere Bedeutung haben. Dennoch sollte das Thema nicht unterschätzt werden. Laut einer Umfrage vom Dezember 2023 waren etwa vier von zehn Befragten der Meinung, dass die Außenpolitik im Jahr 2024 ein Schwerpunkt der US-Regierung sein sollte (Associated Press-NORC Center for Public Affairs Research). Geprägt werden die

außenpolitischen Debatten vor allen von drei Themen: Russlands Krieg gegen die Ukraine, dem Nahostkonflikt und China.

Biden wollte die Führungsrolle der USA in der Welt wiederherstellen und international Verantwortung übernehmen. Anders als sein Vorgänger unterstützt er die liberale, regelbasierte Ordnung. Biden hat sich klar positioniert und spricht sich für die Unterstützung der Ukraine aus. Nach dem Angriff der Hamas auf Israel hat sich der amtierende Präsident deutlich auf die Seite Israels gestellt, gleichzeitig die Regierung aber auch immer wieder daran erinnert, dass Israel das Kriegsrecht und das humanitäre Völkerrecht achten muss. Ein wichtiges Thema für Biden ist der Systemwettstreit zwischen Demokratien und Autokratien; seine Regierung hatte sich vorgenommen, die Demokratie weltweit als eine der wichtigsten außenpolitischen Prioritäten zu unterstützen.

Trump hingegen vertritt eine nationalistischere Weltanschauung. Er will NATO-Mitgliedsstaaten nicht verteidigen, wenn diese nicht ihre Verteidigungsziele, welche Teil des Bündnisses sind, einhalten. Trump steht den Ukraine-Hilfen deutlich kritischer gegenüber. In der Vergangenheit betonte er wiederholt sein gutes Verhältnis zum russischen Präsidenten Wladimir Putin. Auch im Hinblick auf den Nahostkonflikt vertritt Trump eine härtere Position; seine Partei hat wiederholt die Zerstörung der Hamas gefordert. Er wirft Biden Versagen in der Außenpolitik vor und argumentiert, dass es nicht zu den vielen Krisen und Konflikten gekommen wäre, wenn er selbst Präsident gewesen wäre.

Trumps „America-First“-Politik trifft so auf Bidens globalere Visionen. Angesichts des Ausmaßes des militärischen Gegenschlags Israels, der humanitären Katastrophe in Gaza und der hohen Zahl ziviler Opfer kritisieren allerdings gerade junge Wähler\*innen und progressive Demokrat\*innen die Außenpolitik Bidens. Ausdruck dessen waren unter anderem die zahlreichen Proteste an US-Universitäten. Die Gefahr, dass sich wichtige demografische Gruppen, wie junge und arabischstämmige Wähler\*innen, von Biden distanzieren könnten, stellt eine erhebliche Herausforderung für die Biden-Kampagne dar.

### Was wäre wenn....?

Den jüngsten ABC News/Washington

Post/Ipsos-Umfrage zufolge sind Zwei Drittel der Amerikaner\*innen der Meinung, dass Biden seine Kampagne aufgrund seiner Leistung in der ersten Präsidentschaftsdebatte beenden sollte. Ist es zum jetzigen Zeitpunkt noch möglich, Biden zu ersetzen? Technisch ja, wenn auch politisch schwierig. Dabei gibt es verschiedene Analysen zufolge verschiedene Szenarien: Biden könnte freiwillig vor seiner Nominierung beim Parteitag der Demokraten im August in Chicago zurücktreten – wofür es zum jetzigen Zeitpunkt allerdings noch keine Anzeichen gibt; er könnte beim Parteitag von anderen Kandidat\*innen herausgefordert werden; oder er könnte sich nach diesem zurückziehen, so dass das Nationale Komitee der Demokraten einen Kandidaten wählen könnte. Ein innerparteilicher Putsch gegen Biden ist dabei sehr unwahrscheinlich. Zu einem Kandidatenwechsel dürfte es nur dann kommen, wenn Biden freiwillig zurücktritt.

Wie sehen die Nominierungsregeln laut dem Democratic National Committee (kurz DNC), dem nationalen Organisationsgremium der Demokratischen Partei der Vereinigten Staaten, aus? Im Vorwahlkampf hatte Biden keinen ernstzunehmenden Gegenkandidaten aus den Reihen der Demokraten. Er konnte entsprechend die Vorwahlen schnell und deutlich für sich entscheiden. Damit ist er jedoch nicht automatisch von der Demokratischen Partei nominiert. Dem Nominierungsverfahren der Demokraten für die Präsidentschaftswahlen zufolge haben die Kandidaten in jedem Bundesstaat Anspruch auf einen Anteil an sogenannten Delegierten. Dieser richtet sich danach, wie viele der Stimmen sie in den Vorwahlen oder im Caucus des jeweiligen Staates gewonnen haben. Die Regeln des DNC sagen dazu: „Alle Delegierten des Nationalkonvents, die einem Präsidentschaftskandidaten verpflichtet sind, sollen nach bestem Wissen und Gewissen die Gefühle derer widerspiegeln, die sie gewählt haben.“ Dies bedeutet, dass die Delegierten, die Biden während der Vorwahlen gewonnen hat, nur ihrem Gewissen verpflichtet, ihre Stimme für ihn abzugeben, allerdings nicht rechtlich dazu verpflichtet sind. Was ist dem Fall passiert, wenn der Kandidat mit den meisten Stimmen, noch vor dem Parteitag ausscheidet, ist nicht klar geregelt. Viele Analysten gehen jedoch davon aus, dass es den Delegierten dann freisteht, einen anderen Kandidaten ihrer Wahl zu

unterstützen.

Im Gespräch sind Vizepräsidentin Kamala Harris, Gavin Newsom, Gouverneur von Kalifornien, oder auch Gretchen Whitmer, Gouverneurin von Michigan. Sie alle haben jedoch Vor- und Nachteile. Kamala Harris (siehe dazu das Kapitel zu Running Mates) gilt als relativ schwache Vizekandidaten. Gavin Newsom zählt zum progressiven Flügel der Demokraten – seine Themen sind Klimawandel, Einwanderung, Gesundheitsversorgung; er setzt sich für das Recht auf Schwangerschaftsabbruch, strengere Waffengesetze und mehr Rechte für Migranten ein. Damit ist er für viele unentschlossene, eher konservative Wähler bereits zu „links“. Gretchen Whitmers Vorteil ist, dass sie aus dem Mittleren Westen, einem der sogenannten „Battle Ground States“ kommt. Whitmer führte die Demokraten bei den Zwischenwahlen zu Mehrheiten in beiden Kammern der Legislative von Michigan. Bisher hat sie eine Kandidatur allerdings abgelehnt.

### Ausblick

Noch sind die Wahlen nicht entschieden – bis November 2024 kann noch viel passieren. Allerdings hat gerade das Biden-Team mit einer Vielzahl an Herausforderungen zu kämpfen. So profitiert die Trump-Wahlkampagne deutlich von dem für Biden desaströsen TV-Duell und der Entscheidung des Obersten Gerichtshofes. Auch die vielen Spekulationen über Bidens möglichen Rückzug aus dem Wahlkampf nutzen Trump. Es bleibt abzuwarten, ob die Demokratische Partei einen komplizierteren Nominierungsprozess zu diesem späten Zeitpunkt ohne größeren Schaden für ihren möglichen Kandidaten – ob Joe Biden oder eine Alternative – bewältigen könnte. Schließlich wird gerade das Attentat auf Trump zu einer großen Mobilisierungswelle für die Republikaner führen

Trotz dieser für die Republikaner günstigen Entwicklungen bedeutet dies nicht, dass der Weg zum Sieg frei ist. Die jüngsten Zwischen- und Sonderwahlen der letzten Jahre haben gezeigt, dass die Abtreibungsfrage ein entscheidender Schwachpunkt für die Republikaner ist. Die Biden-Kampagne hat und wird weiter dafür werben, gegen Donald Trump und für die Demokratie zu stimmen – eine Botschaft, die bei vielen unabhängigen Wähler\*innen angekommen ist. Und schließlich wird auch in diesem Jahr die



wirtschaftliche Lage ein wichtiger Faktor in der Wahlentscheidung vieler Amerikaner\*innen sein.

Wie schon 2016 ist die Sorge um die Zeit nach den Wahlen groß. Donald Trump hat sich geweigert, eindeutig zu erklären, dass er das Wahlergebnis akzeptiert. Angesichts der tiefen Polarisierung und der parteipolitischen Spannungen ist die Sorge vor politischer Gewalt und Unruhen nach den Wahlen groß. Das Trump-Team ist dieses Mal deutlich besser auf den Einzug ins Weiße Haus vorbereitet als noch im Jahr 2016. Obwohl Trump in letzter Zeit versucht hat, sich von konservati-

ven Plänen wie dem Projekt 2025 der Heritage Foundation zu distanzieren, ist es klar, dass die Konservativen einen dedizierten Fahrplan für ihre Vision haben.

Für Europa und Deutschland gilt: Mit einer zweiten Trump-Amtszeit stünden Richtungswechsel in zahlreichen Politikfeldern an. Darauf gilt es, sich vorzubereiten, wobei der Fokus nicht allein auf dem Weißen Haus liegen sollte. Wichtig ist auch, die Beziehungen mit dem Kongress und gerade auch mit den Bundesstaaten weiter auszubauen. Denn die Beziehungen mit den USA sind zwar stark, aber kein Selbstläufer.



### **Dr. Stormy-Annika Mildner**

Dr. Stormy-Annika Mildner ist Geschäftsführende Direktorin des Aspen Institute Deutschland und External Lecturer an der Hertie School.



### **Katja Greeson**

Katja Greeson ist Programmdirektorin des Programms Transatlantik des Aspen Institutes Deutschland.



Ein besonderer Dank gilt Emilia Klakl und Sophie Wüpping, die die Recherche zur Erstellung dieses Spot-On im Rahmen ihres Praktikums bei Aspen Deutschland unterstützt haben.

Dieser Text stellt die persönliche Ansicht des Autors / der Autorin dar. Der Autor / die Autorin spricht ausdrücklich nicht im Namen der mit ihm / ihr assoziierten Institution.

## **Über diese Reihe**

Mit dem Kurzdossier *Spot On* verleiht das Aspen Institute Deutschland ausgewählten Autor\*innen eine Stimme, um das aktuelle Zeitgeschehen zu analysieren und zu reflektieren. Das Format dient dem offenen Diskurs zu drängenden gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen und Chancen.

Herausgeberschaft: Aspen Institute Deutschland e.V.

ISSN: 2748-2480

Redaktion: Dr. Stormy-Annika Mildner

Design & Layout: Michaela Zintl

Copyright Fotos: Marius Schwarz/Christian Kruppa/Aspen Institute